

Zwei Bergler im Vorstand und viele zurückgewiesene Anträge

An ihrer Delegiertenversammlung in Olten wählten die Delegierten von Bio Suisse mit Claudio Gregori aus Bergün und Wendel Odermatt aus Wolfenschiessen zwei Vertreter aus dem Berggebiet in den Vorstand. Die zwei Kandidaten aus dem Flachland hatten das Nachsehen. In den weiteren Geschäften zeigte sich, dass die Delegierten Vorbehalte haben gegen neue Vorschriften: Sie wollen vorderhand weder ein Obligatorium für raufutterfokussierte Rindviehfütterung gemäss Bundesprogramm noch eine Verschärfung der Einsatzmöglichkeiten von Biogasgülle. Ebenso klar abgelehnt wurden einheitliche soziale Anforderungen für Angestellte. Angenommen wurde einzig ein Verbot für GVO-haltige Tiermedikamente.

Die Delegierten verabschiedeten Claudia Lazzarini nach drei Jahren Tätigkeit für den Bio Suisse Vorstand und dankten ihr für ihr Engagement im Ressort Finanzen und Personal. Claudia Lazzarini hat vor, wieder mehr Zeit

mit ihrer Familie auf ihrem Betrieb im Puschlav zu verbringen. Diese kam im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Vorstand auch aufgrund des langen Anfahrtsweges zu kurz. Im Rahmen der Vorstandswahl an der Frühlings-DV wurde gleichzeitig

ein Ersatz für Josef Stutz gesucht, welcher bereits im Herbst 2013 seinen Rücktritt bekannt gab. Josef Stutz wurde im April 2012 in den Vorstand gewählt und betreute bis November 2013 das Ressort Fachkommissionen.

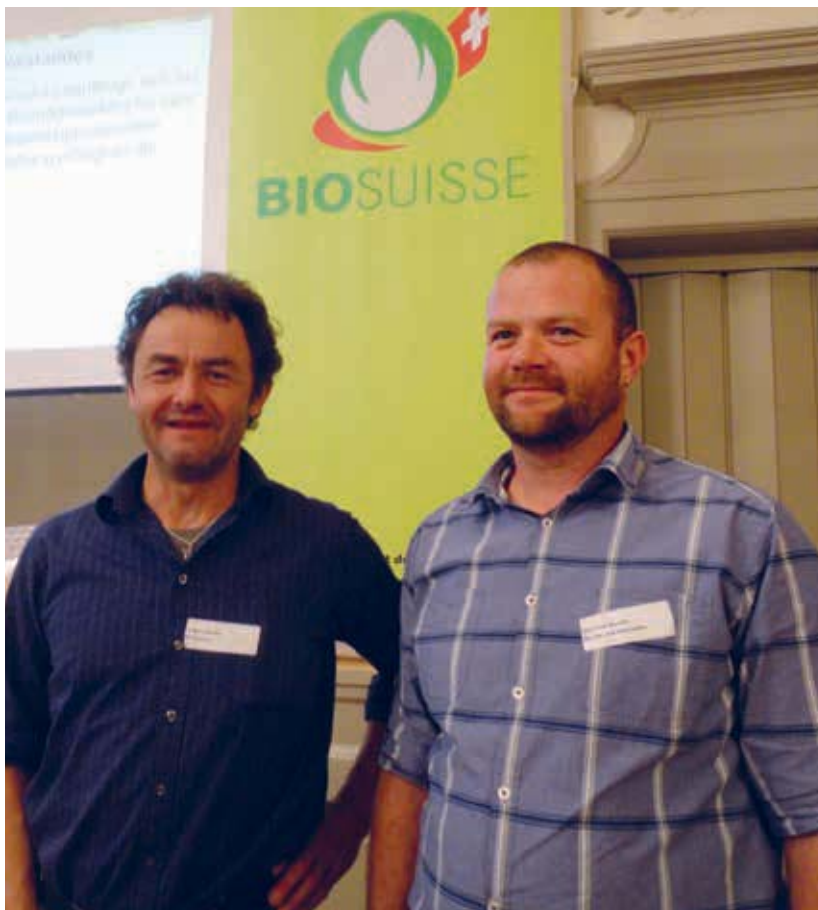
Resultat widerspiegelt Mitgliederzusammensetzung

Zur Wahl für die zwei Vorstandsposten stellten sich vier valable Kandidaten (siehe bioaktuell 2/2014 und 3/2014). Im

ersten Wahlgang wurde mit absolutem Mehr der Kandidat von Bio Grischun, Claudio Gregori, gewählt. Er konnte die

Delegierten wohl mit seiner offenen direkten Art und seiner Nähe zu den Betrieben als Biokontrollleur überzeugen. Im zweiten Wahlgang schaffte Wendel Odermatt, der Kandidat von Bio Ob- und Nidwalden, das nötige relative Mehr mit 44 Stimmen. Er lag damit vor Ruedi Vögele von Bio Zürich und Schaffhausen mit 36 Stimmen. Der Kandidat der Bärner Bio Bure, Hermann Arni, erreichte 19 Stimmen.

Mit Gregori und Odermatt setzten sich zwei Kandidaten aus dem Berggebiet gegen zwei Kandidaten aus dem Talgebiet mit Schwergewicht Ackerbau durch. Das Resultat widerspiegelt die Mitgliederzusammensetzung von Bio Suisse.



Zufriedene Wahlsieger: Die neuen Vorstandsmitglieder Claudio Gregori aus Bergün GR und Wendel Odermatt aus Wolfenschiessen NW.

Delegierte wollen neutral bleiben

Ein weiteres kontrovers diskutiertes Geschäft betraf die offizielle Haltung von Bio Suisse zu zwei hängigen Volksinitiativen zum Thema Landwirtschaft und Ernährung, nämlich die Volksinitiative des Schweizer Bauernverbands (SBV) zur Ernährungssicherheit und die Lebensmittelinitiative der Grünen Partei. Der Vorstand hatte entschieden, keine Empfehlung abzugeben. Er lehnt die Initiativen nicht ab, unterstützt sie aber



Bilder: Adrian Krebs

Kinderfreundliche Delegiertenversammlung: Esther Zeltner aus Niederbuchsiten SO erläutert mit Nachwuchs im Arm einen Antrag von Bio Nordwestschweiz.

auch nicht. Bio Nordwestschweiz hatte beantragt, dass die Delegierten darüber abstimmen sollen, ob sich Bio Suisse für die Initiativen einsetzen soll, sei es finanziell oder mit aktiver Beteiligung an der Unterschriftensammlung.

Nationalrätin Maya Graf warb für die Initiative ihrer Partei, nachdem an der Herbst-DV Markus Ritter die Trommel für die SBV-Initiative rühren durfte. Milo Stoecklin legte die Argumente des

Vorstands dar. Die Anliegen der SBV-Initiative seien allesamt in der Verfassung bereits abgedeckt. Zudem bestehe die Gefahr, dass gewisse Vertreter mit der Initiative vor allem die AP 14–17 rückgängig machen wollen. «Die SBV-Initiative ist darum unnötig und bindet Ressourcen, die Bio Suisse lieber für die Entwicklung anderer politischer Themen verwenden will», erklärte Stoecklin. Bei der Initiative der Grünen fürchtet der Vorstand,

dass mit gesetzlichen Anforderungen an die Importprodukte ein Argument für Inlandprodukte verloren ginge. Wieso sollten Konsumenten teure Inlandprodukte kaufen, wenn der Staat garantiert, dass die ausländischen Produkte gleich gut oder besser sind? Nach angeregter Diskussion entschieden sich die Delegierten mit 51 zu 39 Stimmen bei vier Enthaltungen für eine Weiterführung der neutralen Haltung des Verbandes.

Der Vorstand will den Milchmarkt unter die Lupe nehmen

«Fairer Handel im Biomilchmarkt» lautete der Titel eines Antrags der Bärner Bio Bure. Sie verlangten vom Vorstand im Hinblick auf die kommende DV einen Vorschlag, wie die Verwertungskosten der Überschüsse auf sämtliche Bioindustriemilchproduzenten verteilt werden könnte. Es brauche einen solidarisch funktionierenden Biomilchmarkt, erklärte Bruno Wermuth, der Geschäftsführer der Antragstellerin. Im laufenden Jahr

erwarte man eine Mehrproduktion von bis zu 10 Millionen Kilo Biomilch. Urs Brändli erinnerte namens des Vorstands daran, dass die Biomilchproduzenten über lange Zeit damit beschäftigt waren, die Fesseln des konventionellen Marktes zu lockern, etwa bei Genossenschaftsausritten. Gleichzeitig habe man stets die Kässelpolitik der Schweizer Milchproduzenten und deren Allgemeinverbindlichkeit kritisiert. «Deshalb dürfen wir

keinen Schritt zurück machen», mahnte der Bio Suisse Präsident. Er stellte einen Gegenantrag, der den Vorstand beauftragt, sich für faire Verhältnisse im Biomilchmarkt einzusetzen und über die Erfolge des Unterfangens an der nächsten DV Rechenschaft abzulegen. Wermuth lobte das schnelle Handeln des Vorstands und zog seinen Antrag zurück, worauf die Delegierten den Gegenantrag guthiessen.

Vorstand soll eine Arbeitsgruppe zum Thema Gärgülle bilden

Die Zentralschweizer Mitgliederorganisationen gelangten mit dem Antrag an die DV, der Vorstand solle den Einsatz von Gärgülle und Gärgut beschränken. Josef Bircher von Bio Luzern erklärte, weshalb: «In industrielle und halbindustrielle Biogasanlagen gelangen mitunter bedenkliche Substrate. Etwa Glycerin und Öle oder Gastro- und Schlachtabfälle.» Die Anlagenbetreiber suchten landwirtschaftliche Flächen, um die Gärreste

quasi zu entsorgen. Zudem entspreche die Düngerwirkung von Gärgülle der von Ammonsalpeter. Ihr Einfluss auf die Bodenfruchtbarkeit sei nicht im Sinn des Biogedankens. Vorstandsmitglied Monika Rytz verwies auf die bereits recht umfangreichen Richtlinien und Einschränkungen zum Einsatz von Gärresten. «Die Nährstoffversorgung ist ein vielschichtiges Thema», sagte sie. Es sei nicht sinnvoll, nur ein Puzzlestück herauszupicken.

Der Vorstand hat deshalb einen Gegenantrag formuliert. Er will eine Arbeitsgruppe einsetzen, welche die offenen Fragen zum Thema Gärgülleneinsatz und Nährstoffversorgung untersuchen soll. Zu Richtlinienänderungen würde es frühestens per Anfang 2016 kommen. Nach der Diskussion zogen die Zentralschweizer Mitgliederorganisationen ihren Antrag zurück und die Delegierten hieszen den Gegenantrag des Vorstands gut.

GMF-Programm: «Nicht schneller spielen als die Musik»

Mehrheitlich folgte die Delegiertenversammlung von Bio Suisse am 16. April in Olten den Anträgen des Vorstands. Kein Erfolg war dem Führungsgremium hingegen mit dem Antrag beschieden, das neue Bundesprogramm Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF) per 2018 für alle Biobauern als verbindlich zu erklären. Präsident Urs Brändli versuchte vergeblich, den Delegierten ein Obligatorium schmackhaft zu machen. Es seien schon heute rund 80 Prozent der Biobauern, welche die Voraussetzungen – minimal 75 Prozent Raufutter (Berggebiet 85 Prozent) und die bereits heute in den Richtlinien festgeschriebenen maximal 10 Prozent Kraftfutter – problemlos erfüllen würden, rechnete Brändli vor.

Sekundiert wurde er von Res Bärtschi, dem Präsidenten der Markenkommission Anbau.

Widerstand erwuchs dem Vorhaben in Form von zwei Anträgen aus der Ost- und Nordwestschweiz, die beide eine Zurückstellung des Obligatoriums forderten. Es brauche zuerst eine Diskussion an der Basis, hiess es im Antrag der Vereine Bio Liechtenstein, Bio Ostschweiz und Bio Grischun. Wenn man jetzt schon Fakten schaffe – «bevor überhaupt die definitive Ausgestaltung von GMF und Erfahrungen in der Umsetzung vorliegen» – so schränke dies die zu führende Grundsatzdiskussion ein, erklärten die Ostschweizer. Auch aus anderen Landesteilen erwuchs Widerstand:

«Man soll nicht schneller spielen als die Musik», sagte etwa Thomas Herwig von BioJura, der für Entscheidungsfreiheit der Biobauern in Sachen Fütterung plädierte. Unterstützung erhielt er von Jakob Treichler von BioZug der im Obligatorium eine Benachteiligung der Ackerbauern sieht. Kritisiert wurde namentlich, dass das Mais als wichtiges Fruchtfolgeelement im Biolandbau nicht in den Raufutterbereich fällt und deshalb unter Druck käme mit einem GMF-Obligatorium. In der Abstimmung resultierte ein Dreiviertel-Mehr für die Vertagung des Entscheids um ein Jahr. Nun gelte es aber, die Diskussion an die Hand zu nehmen, mahnte Präsident Brändli zum Abschluss des Traktandums.



Bild: Thomas Alfeld

Den Entscheid, ob Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF) obligatorisch werden soll, haben die Delegierten um ein Jahr vertagt.

Einheitliche Anstellungsbedingungen haben keine Chance



Bild: Marion Nitsch

Die Delegierten der Bio Suisse befürchten, dass durch bessere Bedingungen für landwirtschaftliche Angestellte Nachteile für ihre Produkte auf dem Markt entstehen.

Seit letztem Jahr beträgt die Arbeitszeit im Normarbeitsvertrag im Kanton Genf 45 Stunden pro Woche. Wenn die Angestellten von Genfer Landwirten länger arbeiten, müssen ihre Arbeitgeber die Zusatzstunden als Überzeit bezahlen. «Die Genfer Bauern haben somit höhere Lohnkosten als ihre Berufskollegen in anderen Kantonen», erklärt Willy Cretegny, Delegierter von Bio Genève. Dass die Angestellten besser entlohnt werden, sei aber grundsätzlich zu begrüssen. Es gehe nicht an, dass Angestellte in der Landwirtschaft massiv schlechter verdienen als in anderen Sektoren. Bio Suisse müsse aktiv werden und sich mit dem Thema befassen. Der Konkurrenzdruck, welchen die gegenwärtigen marktpolitischen Verhältnisse zwischen den Anbaugebieten aufbauen, müsse gebrochen werden. «Die Marokkaner in den Gewächshäusern von Südspanien schufteten für 2 Euro die Stunde für die Konkurrenzfähigkeit ihrer Arbeitgeber», führte er aus.

Bio Suisse müsse aufwachen und schweizweit gute Bedingungen für die

landwirtschaftlichen Arbeitnehmer auf Biobetrieben schaffen, schliesslich gälten ja die Richtlinien und Auflagen auch in allen Kantonen gleich. Bio Genève forderte vom Vorstand, minimale Anforderungen für die Schweizer Knospe-Betriebe, insbesondere betreffend maximale Arbeitszeiten und Lohn, zu erlassen. Der Tenor in der anschließenden Diskussion war, dass die übrigen Betriebsleiter sehr gerne bessere Löhne bezahlen würden, aber nur wenn gleichzeitig auch die Preise angeglichen würden. Bio Suisse könne nicht auf eigene Faust an der Lohnschraube drehen, ohne mit den nachgelagerten Stufen die Rahmenbedingungen anzupassen. Der Antrag von Bio Genève war bei der Abstimmung denn auch chancenlos. Auch ein abgeschwächter Gegenvorschlag des Vorstands, welcher vorsah, dass sich Bio Suisse allgemein für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen soll, wurde von den Delegierten bachab geschickt.

Adrian Krebs und Markus Spuhler

KOMMENTAR

Bewahrende Biobauern

Die reich befrachtete Frühlings-DV von Bio Suisse brachte zwei interessante Erkenntnisse: Im Verband dominiert, was die Kräfteverhältnisse angeht, das Berggebiet. Das ist zwar keine Neuigkeit, wurde einem



aber noch selten so klar vor Augen geführt, wie anhand der Ersatzwahlen für den Vorstand, wo die Delegierten die Ackerbauern aus dem Tal mit klarem Ergebnis auf die Plätze verwiesen.

Auch die übrigen Entscheidungen in Olten zeigen, dass die Mehrheit der Bio Suisse Mitglieder tendenziell freiheitsliebend und bewahrend abstimmt, Eigenschaften, die auch der Durchschnittsbergler gerne für sich beansprucht. Weder schärfere Regelungen für Gärgülle-Einsatz noch ein GMF-Obligatorium, noch Solidaritätsbemühungen auf dem Milchmarkt, noch höhere soziale Anforderungen für bäuerliche Angestellte hatten den Hauch einer Chance auf eine Mehrheit. Insgesamt darf man aus der DV wohl schliessen, und das ist die zweite Erkenntnis, dass die Biobauern in ihrer Mehrheit gar nicht so viel anders ticken, als ihre Kollegen von der konventionellen Landwirtschaft, die oft über die überbordende Regulierungsdichte klagen. Letztlich sind die Knospe-Bauern trotz Labelzuschlag den Marktkräften ebenso ausgesetzt wie der Durchschnittslandwirt, für ökologisch und sozial durchaus wünschbare aber potenziell produktionsverteuernde Massnahmen bleibt da wenig Spielraum.

Adrian Krebs

Tiermedizin mit GVO-Inhaltsstoffen neu verboten

Eine einzige Richtlinienverschärfung fand dann doch noch praktisch diskussionslos die Zustimmung der Delegierten. Der Fall des Verbots von GVO-Medikamenten zeigt, dass es manchmal Geduld braucht, um ein Anliegen durchzubringen. Die Versammlung stimmte einem Antrag des Vorstands zu, der auf einen Vorstoss der Schweizer Bergheimat aus dem Jahr 2012 zurückgeht. Da-

bei wird aufgrund einer FiBL-Studie nun unterschieden zwischen Medikamenten, welche gentechnisch veränderte Organismen enthalten, und solchen, bei deren Herstellung GVO zum Einsatz kommen, im Endprodukt aber nicht mehr enthalten sind. Letztere sollen weiterhin erlaubt bleiben, während Erstere verboten werden. Das Verbot wurde ohne Gegenstimmen gutgeheissen.